



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

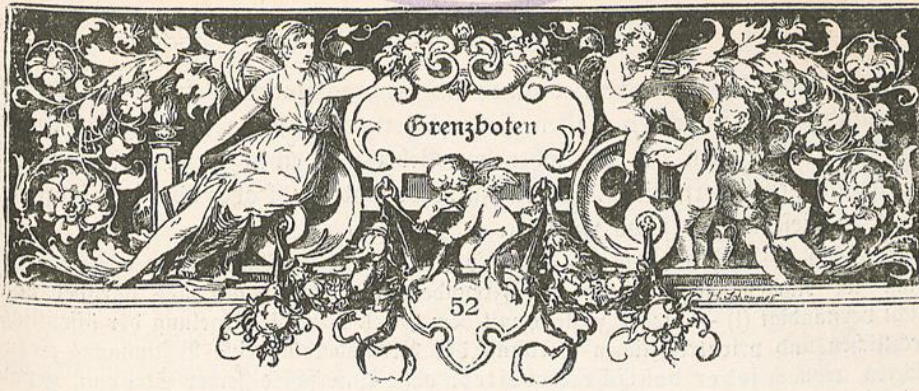
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

J., H.: Der Reichskanzler und die Sozialdemokratie

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Der Reichskanzler und die Sozialdemokratie



s ließ sich voraussehen, daß das Wetterglas des Achtzig-Sozialdemokraten-Reichstags auf Wind und Regen, wenn nicht auf Sturm zeigen würde. Nach dem weit über Wert und Gebühr ausposaunten Wahlsiege bedeutete der Dresdner Parteitag eine starke moralische Niederlage, vielleicht die stärkste, die die Sozialdemokratie je erlitten hat, weil sie völlig ohne fremde Einnischung als ausschließliches sozialdemokratisches Produkt zustande gekommen war. Man konnte infolgedessen darauf rechnen, daß die Partei im Reichstage ihre Stimme um so lauter erheben würde, in der Absicht, den nachteiligen Eindruck zu verwischen, den der Dresdner Tag auch unter den Genossen und in den breiten Massen gemacht hatte. Aber daß die Sache wiederum gar so kläglich verlaufen würde, haben wohl nur wenige vermutet. Bebel hat das wohl auch selbst empfunden, sonst hätte er seine Erwiderung schwerlich mit der Behauptung eröffnet, daß der Reichskanzler wohl von ihm eine ganz andre Rede erwartet und sich auf diese vorbereitet habe. Die Erwiderung war noch schwächer als die erste Rede und stand wesentlich unter dem Druck oder dem Eindruck der vom Reichskanzler inzwischen der Abordnung des Frankfurter Arbeiterkongresses erteilten Antwort.

Eins der Hauptagitationsmittel der Sozialdemokratie ist ihre absolute Identifizierung mit allem, was „Arbeiter“ heißt. Ihre Redner nehmen ohne weiteres jeden deutschen Arbeiter für die Sozialdemokratie in Beschlag, und auf den Arbeitsplätzen muß sich der einzelne, um in der Arbeit bleiben zu können und der körperlichen Mißhandlung, ja der Lebensgefahr zu entgehen, sich wenigstens äußerlich zur Sozialdemokratie bekennen, denn diese, nicht mehr der Unternehmer, ist längst der herrschende Teil geworden. Sie schreibt dem einzelnen Unternehmer vor, welche Leute er behalten darf und welche nicht, und dem entspricht auch der Ton, worin die große Mehrzahl der Arbeiter, namentlich im Baugewerbe, aber auch in andern, mit ihren Brotgebern zu verkehren pflegt. Nach den Dresdner Proben darf man sich darüber freilich kaum wundern. Aber während so die Sozialdemokratie einen Terrorismus ausübt, der eigentlich in einem zivilisierten Lande unerhört sein sollte, stellt Bebel im Reichstage die Arbeiter als Geloten, als unter einer unerträglichen Sklaverei leidend dar und läßt an den Unternehmern, die sich den Terrorismus

nicht gefallen lassen wollen, vielmehr Gegenorganisationen schaffen, die sich erfreulicherweise in vielen Fällen siegreich erwiesen haben, kein gutes Haar. In seiner Rede vom 10. Dezember hat Bebel nun einen seiner intimsten Gedanken ausgeplaudert, nicht über den Zukunftsstaat, wohl aber über den kürzesten Weg zu diesem. Er sagte wörtlich:

Wenn es nach mir ginge — ich spreche in diesem Falle in meinem Namen, nicht im Namen meiner politischen Freunde, denn wir haben uns darüber noch nicht verständigt (!) —, wäre zugleich mit dem Gesetz über die Regelung der öffentlich-rechtlichen und privatrechtlichen Stellung der Berufsvereine eine Bestimmung einzuführen, wonach jeder deutsche Arbeiter, ohne Unterschied seiner Stellung, genau so wie zu einer Krankenkasse auch zu einem Berufsvereine gehören müßte.

„Sehr richtig, links“ verzeichnet der stenographische Bericht, aber dieses „sehr richtig“ stammt wohl von einem parlamentarischen Neuling. Die parlamentarischen Veteranen der Sozialdemokratie werden diese Enthüllung Bebels, die Enthüllung eines seiner geheimen Gedanken vor dem Parlament, bedauern, weil die Gimpel in den bürgerlichen Parteien, die sich in Anträgen auf Anerkennung der Berufsvereine nicht genug tun könnten, doch stutzig werden müßten über das Ziel, wohin diese Reise geht. Bebels Gefolgschaft darf sich die Sorge ruhig ersparen: unsre liberalen Weltverbesserer und Volksbeglucker lernen nichts. Bebel spottet mit Recht über den Regen von sozialpolitischen Volksbeglückungsanträgen, der schon wieder auf den Reichstag niedergegangen ist. Es findet bei den meisten Fraktionen in dieser Beziehung ein förmliches Wettlaufen statt — „Wettlaufen,“ weshalb nicht „Wettkriechen“? —; dem Bundesrat und dem Reichstage werden da die unglaublichsten Dinge zugemutet.

Der Abgeordnete Schrader hat am 12. Dezember im Reichstag erklärt, daß die Erteilung der Rechte an die Berufsvereine, die Ausbildung der Koalitionsfreiheit, die Arbeiterkammern (im Bericht steht „Arbeitskammern“) und eine Verbesserung des Vereins- und Versammlungsrechts von größerer Bedeutung seien als alle Wohlfahrtsfragen. Damit ist deutlich genug ausgesprochen, daß es sich viel weniger um eine wirtschaftliche als um eine politische Frage handelt, mit einem Wort um die Macht im Staate. Der Abgeordnete Schrader hat zwar versichert, daß es zu einer Revolution nicht kommen werde, und daß wir uns davor nicht zu fürchten brauchen. Aber auf der nächsten Seite des stenographischen Berichts (Seite 123) findet sich dann doch der Satz, daß es besser sei, „die Opfer“ freiwillig zu bringen, „als wenn sie demnächst einmal erzwungen werden.“ Also doch „demnächst erzwungen.“ Die Sozialdemokratie ist heute schon dadurch, daß sie die rohe Kraft der Massen in ihren Dienst gestellt hat und über sie fast mit uneingeschränktem Absolutismus gebietet, bei weitem stärker, als mit einer friedlichen innern Entwicklung verträglich ist, und nun muten Liberale und Zentrum um die Wette dem Reichstage zu, der Sozialdemokratie den Strick auszuliefern, mit dem sie die andern am schnellsten und sichersten erwürgen kann!

Die Sozialdemokratie kann sich ins Häufchen lachen, wie ihre Geschäfte von den liberalen bürgerlichen Parteien mit Einschluß des Zentrums besorgt werden. Haben wir erst einmal die öffentlich-rechtlichen und privatrechtlichen Berufsvereine, die öffentlich anerkannten Kadres der sozialdemokratischen Armee,

dann ist es nur logisch und konsequent, wenn Bebel für diese Armee die allgemeine Wehrpflicht fordert, d. h. die obligatorische Zugehörigkeit jedes Arbeiters zu diesen Berufsvereinen. Denn diese ganze ungeheure Armee stünde unter dem ausschließlichen Kommando der sozialdemokratischen Parteileitung und würde ausschließlich für deren Zwecke in Bewegung gesetzt werden. Von diesem Augenblick an würde die Krone das Regiment im Lande tatsächlich mit Bebel und Singer teilen. Wer das will, mag die Berufsvereine und ihre unvermeidliche Folge: die obligatorische Zugehörigkeit konzedieren. Dann ist tatsächlich erreicht, was Bebel in derselben Rede sagte, daß die Arbeiterklasse die Grundlage in der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung bildet; die Grundlage nicht nur, sondern die Herrschaft. Den „Berufsvereinen“ würde dann selbstverständlich auch die gesamte Dienstbotenwelt angehören müssen. Ideale Zustände!

Für Bebels Reden ist eine innere Scheidung notwendig. Was er über Militarismus, Rußland, auswärtige Politik sagte, kann ohne weiteres auf sich beruhen bleiben. Damit ist er dem Reichskanzler direkt in die Klinge gelaufen, und dieser hat ihn glänzend abgetan. Wollte Bebel logisch sein, so müßte er nach seiner Auffassung der sich in Ostasien vorbereitenden Dinge eine Verstärkung unsrer dortigen Truppen und Flottenabteilungen als dringlich beantragen; dasselbe gilt freilich auch von dem Zentrumskritiker Herrn Schädler. Aber was Bebel über die Sozialdemokratie, über ihre Forderungen, Ziele und Bestrebungen sagt, verdient genauer unter die Lupe genommen und aus dem Redeschwall sorgfältig ausgeschieden zu werden. Das andre ist Schale, dies ist der Kern. Und wenn er am 14. Dezember über die republikanischen Tendenzen der Sozialdemokratie sagte:

Ich weiß nicht, ob wir unsre republikanische Auffassung mit besondrer Aufdringlichkeit hier oder wo anders zum Ausdruck gebracht haben. Ich habe gar keine Neigung, mir wegen einer Republik den Schädel einzurennen. Wir wissen ganz genau, daß in bezug auf Fragen der Sozialpolitik es sehr wenig ausmacht, ob der Staat eine Republik oder eine Monarchie ist —

so galten diese Worte wohl nur den Teilnehmern des Frankfurter nichtsozialdemokratischen Arbeiterkongresses, deren Wortführer zwei Tage vorher beim Reichskanzler gewesen und von diesem zum Festhalten an der Monarchie ermahnt worden waren. Das Bekenntnis zur Monarchie ist ziemlich das einzige, was diese Frankfurter Versammlung von der Sozialdemokratie trennt, alle ihre Forderungen stimmen mit denen der Sozialdemokratie im wesentlichen überein.

Es ist noch mit einem Worte auf die „Berufsvereine“ zurückzukommen. Als seinerzeit die Berufsgenossenschaften ins Leben gerufen wurden, glaubte Fürst Bismarck, daß sie als Grundlage einer neuen sozialen Gliederung an die Stelle der Innungen und Zünfte treten und — Arbeiter wie Unternehmer in einem gemeinsamen Interesse umfassend und vereinigend — sich als eine den neuen Zeitverhältnissen entsprechende und von diesem neuen Geiste erfüllte Schöpfung ausgestalten würden. Leider hat sich aber unsre ganze Sozialpolitik immer mehr in der Richtung entwickelt, daß Gegenorganisationen geschaffen, und die Gegensätze zwischen Arbeiter und Unternehmer statt organisch ausgeglichen, organisatorisch vertieft werden. Die Berufsgenossenschaften trugen den Keim in sich, ein wertvolles Förderungsmittel der Einigung auf dem Boden

der Interessengemeinschaft zu werden. Man hat diesen Keim verdorren lassen; statt zu einer Quelle reich pulsierenden sozialpolitischen Lebens sind die Berufs- genossenschaften zu einem bürokratischen Rassen- und Rechnungswesen verkümmert. Unsere seitdem geschaffenen oder angestrebten sozialpolitischen Organisationen einigen nicht, sondern trennen, sie laufen alle auf eine Kriegoorganisation der Arbeiter gegen die Unternehmer, und damit auf eine ebensolche Kriegoorganisation der Massen gegen die heutige Staats- und Gesellschaftsordnung hinaus. Die obligatorische Mitgliedschaft der Berufsvereine würde für die deutschen Arbeiter gleichbedeutend sein mit der obligatorischen Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie. Die Berufsvereine sind, wie gesagt, nur deren Kadres.

Hier sollte der Hebel angelegt werden. Die verbündeten Regierungen sollten allen Organisationsanträgen, die dieser Tendenz dienen, auch wenn der Reichstag kurzfristig genug wäre, sie anzunehmen und zu beschließen, die Zustimmung versagen. Will man sozialpolitisch organisieren, dann muß nach einem großen, einheitlichen Plane vorgegangen, und muß dieser auf Grund von Vorberatungen aufgestellt werden, an denen Arbeiter, Unternehmer, der Staat und Vertreter der Gemeindeinteressen teilnehmen. Es hat keinen Sinn, wenn in dieser Session ein Antrag, in der nächsten ein anderer, der mit dem ersten in gar keinem organischen Zusammenhange steht, von einer Zufallsmehrheit beschlossen, und unser ganzes sozialpolitisches Leben der Agitation und der Planlosigkeit preisgegeben wird. Sollte das Land, das die beste Heeres- und Flottenorganisation der Welt geschaffen hat, so unfähig sein, nicht auch eine sozialpolitische Organisation zu schaffen, die nicht staatszerstörend, sondern staats- erhaltend und das Gemeinwohl wirklich fördernd wirkt? Seit Abschluß der großen Versicherungsgesetze, bei denen der schaffende sozialpolitische Gedanke schließlich sehr ins Hintertreffen geraten ist, erschöpfen wir uns in Experimenten und Schlagworten, die sozialpolitische Werkstube ist zu einem großen chemischen Laboratorium geworden, das mit unzähligen Probiergläsern angefüllt ist. Die sozialpolitische Gesetzgebung darf nicht von Fall zu Fall, je nach Laune und Zusammensetzung der kleinen Minderheit, die als Mehrheit des Reichstags zu handeln pflegt, gestaltet werden, sie muß einheitliche und feste Ziele haben, die sich unserm Staatswesen einfügen, mit seiner Erhaltung und mit der Erhaltung seiner großen geschichtlichen Grundlagen vereinbar sind. Das wirklich Notwendige soll man aus dem Ideenwust und Ideenüberschwang ausscheiden und ehrlich tun, alles nicht Notwendige, Überflüssige, Schädliche ebenso bestimmt abweisen. Schädlich ist jedenfalls alles, was die historischen Grundlagen unserer nationalen Existenz berührt, notwendig und nützlich ist alles, was die Klassengegensätze dauernd mindert, dem Frieden und dem loyalen Zusammenarbeiten der Söhne des gemeinsamen Vaterlandes wirklich dient. So lange die Welt besteht, wird jederzeit eine große Mehrheit der Unternehmer geneigt sein, weniger zu zahlen und mehr zu verlangen, als die große Mehrheit der Arbeiter fordert und leisten will. Aber dieser Gegensatz, der so alt ist wie die Welt und so lange bestehen bleiben wird wie die Welt, darf niemals dazu ausarten, die Grundlagen unsers bürgerlichen und unsers Staatslebens in Frage zu stellen. Die Sozialdemokratie fordert im Namen der Arbeiter Gleichberechtigung, während sie schon ein Übergewicht hat. Geht es so weiter wie

bisher, so werden bald die bürgerlichen Klassen in der Notwendigkeit sein, Gleichberechtigung mit den Arbeitern zu verlangen, von deren Massen sie mit dem allgemeinen Stimmrecht erwürgt werden, während zugleich alle neuern sozialpolitischen Schöpfungen so geartet sind, daß sie sich nur als Werkzeuge der Sozialdemokratie in deren Dienste erweisen. Wir sind seit 1890 von dem einen Extrem in das andre geraten, von dem Aufhören des Sozialistengesetzes zu einer weitgehenden Indulgenz. Nicht ohne Mitschuld daran ist die agrarische Bewegung mit ihren maßlosen Übertreibungen und mit dem Terrorismus, den auch sie ausgeübt hat. Sie hat der sozialdemokratischen Agitation unerschöpfliches Material zugeführt und zugleich die Konservativen in Preußen in einen Gegensatz zur Krone gebracht, der diese veranlaßte, den Schwerpunkt weiter nach links zu legen. Nicht umsonst hat Bebel eben an die Dienste erinnert, die die Sozialdemokratie zu der Zeit der Caprivischen Handelsverträge geleistet hat. Heute neigt sie freilich einer entgegengesetzten Rolle zu. Für die preussischen Konservativen liegt hierin ein deutlicher Fingerzeig. Sie sind durch Agraropposition und durch Kanalsfronde in ein schiefes Verhältnis zur Krone geraten, ein Umstand, der unsre ganze innerpolitische Lage unvorteilhaft beeinflusst, auch wohl die Regierungsaktion in mancher Hinsicht gelähmt hat. Hoffentlich bringen die neuen Legislaturperioden des Reichs und Preußens das Reichsschiff wie das preussische Staatsschiff in ein besseres Fahrwasser.

Durch das stürmische Vordrängen Bebels hat die erste Lesung des Etats und der damit verbundenen Finanzvorlage einen wesentlich andern Verlauf genommen, als es sonst vielleicht der Fall gewesen wäre. Diese erste Lesung wird in der Regel allgemein als das geöffnete Ventil angesehen, durch das die Dämpfe, die sich in der parlamentlosen Zeit angesammelt haben, in das Freie gelassen werden. Bei einiger Aufmerksamkeit für das, was im Lande vorgeht, und an solcher fehlt es doch wohl nicht, ist es darum auch für die Regierung nicht schwer, sich auf diese erste Lesung vorzubereiten. Diesemal hat sie allerdings den Charakter eines Redekampfes zwischen dem Reichskanzler und dem Wortführer der Sozialdemokraten angenommen, der den Wahlerfolg eskompitieren zu müssen glaubte. Hinter die Bedeutung dieses Kampfes sind alle Etats- und Finanzsorgen weit zurückgetreten. Als politisch kluger Parteiführer hat Bebel sich dabei nicht erwiesen. Er hat den Reichskanzler gezwungen, der Sozialdemokratie gegenüber in bestimmtester Weise Stellung zu nehmen und durch einen siegreichen Gegenstoß das Gefechtsfeld in eine der Regierung erwünschtere Richtung zu verlegen. Die Rede des Grafen Bülow vom 10. dieses Monats hat weithin durch das Land gehalten, sie hat den Charakter nicht nur eines „erlösenden Wortes“, wie vielfach zu lesen und zu hören war, sondern den Charakter eines Ereignisses gewonnen. Von den verschiedensten Seiten war deshalb der Wunsch laut geworden, daß ihr die weiteste Verbreitung in Deutschland gegeben werden möchte. Sicherlich wäre das von großem Nutzen und würde manchem den Kompaß richtig stellen. Den Maueranschlag ministerieller Reden, wie er in Frankreich üblich ist, haben wir in Deutschland nicht. Der Mann aus dem Volke ist bei uns in der Regel auch viel zu fleißig und zu arbeitsam, als daß er, zumal in diesen kurzen unfreundlichen Wintertagen, sich eine halbe Stunde und länger vor das Ge-

meindehaus stellte und eine Rede studierte. Aber wir haben andre Mittel der Verbreitung, die viel wirksamer sind; sie sollten nicht unangewandt bleiben dem Umstande gegenüber, daß die Sozialdemokraten viel weniger zum Reichstag als zu der Masse da draußen sprechen, der allein schon das Schimpfen von der Tribüne des stolzen Reichstagshauses herab gewaltig imponiert, und die weder in der Lage ist noch das Bedürfnis hat, sich über den wirklichen innern Wert dieser Bebeliaden Aufklärung zu verschaffen. Die Worte des Grafen Bülow: „Reden Sie uns von allem, nur nicht von Freiheit! Die Freiheit, die Sie meinen, das ist die Willkür für Sie, der Terrorismus für andre, und willst du nicht mein Bruder sein, so schlag ich dir den Schädel ein“ — sollten von Haus zu Haus und von Hütte zu Hütte widerklingen!

Graf Bülow hat schon manchen guten Tag als Redner gehabt. Ein Beifall wie an diesem 10. Dezember ist ihm noch nicht zuteil geworden; er darf daraus mit Sicherheit die Richtung des Weges entnehmen, auf der ihm die Unterstützung der Mehrheit des Hauses nicht fehlen wird. Es ist schwer verständlich, wie Bebel behaupten konnte, daß sich der Reichskanzler auf eine andre Rede vorbereitet habe; Graf Bülow ist ihm nicht nur Zug um Zug keine Antwort schuldig geblieben, sondern er hat für diese sicherlich völlig improvisierten Ausführungen eine Zustimmung gefunden, wie sie auch für die bestvorbereitete Rede nicht hätte lebhafter sein können.

Dieser Beifallsturm und die zwei Tage später den Wortführern des Frankfurter Kongresses erteilte Antwort des Reichskanzlers haben Bebel auf seinen Rednerlorbeeren nicht ruhn lassen, er hat sich am 14. Dezember eine zweite, wenn auch wesentlich kürzere Abfertigung des Grafen Bülow geholt. Die Erwiderung an die Abordnung des Frankfurter Kongresses steht selbstverständlich mit der drei Tage zuvor an Bebel erteilten Antwort nicht nur im engsten Zusammenhang, sondern sie ist eine Ergänzung zu ihr. Der Kanzler sagte dabei:

Nur auf gesetzlichem Wege, unter dem Schutz der Monarchie und auf dem Boden der Solidarität aller Staatsbürger ist ein wirklicher und dauernder Fortschritt für die deutschen Arbeiter möglich. Unbeirrt durch Gegenströmungen von links und rechts hält das Oberhaupt des Reiches daran fest, daß es zu seinen für Deutschlands Zukunft wichtigsten Aufgaben gehört, die Wohlfahrt der deutschen Arbeiter zu fördern und ihr Vorwärtstreben innerhalb der notwendigen Unterordnung auch der Arbeiterinteressen unter das Gemeinwohl mit kaiserlichem Gerechtigkeitsinn zu unterstützen.

Die innezuhaltenden Grenzen sind hierin in einer ebenso feinen und niemand verletzenden wie bestimmten Weise gezogen. Gegen „die Unterordnung auch der Arbeiterinteressen unter das Gemeinwohl“ sollte eigentlich auch der rabiateste Sozialdemokrat nichts einzuwenden haben. Die schließliche Zusage des Grafen Bülow, daß er „die Bestrebungen verstehe und würdige, die Gleichberechtigung der Arbeiter auf dem Boden der Selbsthilfe und in staatlich geordneter Interessenvertretung noch mehr zur Geltung zu bringen,“ ist zwar unverbindlich gegeben, enthält aber immerhin eine gewisse Ermutigung. Man kann hier nur wiederholen: Vor allen Dingen unter Mitwirkung aller Berufnen die Aufstellung eines festen Planes, wie das künftige sozialpolitische Gebäude aussehen soll und darf! Wenn dieser Plan definitiv feststeht, dann mit voller Kraft an die Arbeit! Vorher aber einzelne Säulen,

Ornamente oder in der Luft schwebende Stockwerke auszuführen, dürfte sich nicht empfehlen. Am wenigsten die Anerkennung der Berufsvereine. Schon diese Anerkennung würde obligatorisch wirken und im Bebel'schen Sinne jeden deutschen Arbeiter zum gesetzlich verpflichteten Mitgliede der Sozialdemokratie machen!

Der Reichskanzler hat aber nicht nur „Gegenströmungen von links,“ er hat auch solche „von rechts“ abzuweisen gehabt. Auch das ist ihm leicht geworden, denn er konnte den Grafen Limburg-Stirum auf die Zusammensetzung des Reichstags verweisen, die irgendwelchen Repressivmaßnahmen wenig günstig sei. Graf Limburg-Stirum möge, falls er anderer Ansicht wäre, es mit Initiativanträgen versuchen; die Regierung hege Bedenken, ohne zwingende Not Zwispalt oder Uneinigkeit unter die bürgerlichen Parteien zu tragen. In diesem Sinne definierte der Reichskanzler das Programm der Regierung dahin, gegenüber der sozialdemokratischen Partei die Einigkeit der bürgerlichen Parteien zu erhalten, und soweit sie noch nicht vorhanden sei, sie herbeizuführen. Auch als Ergebnis der Debatten wünschte der Reichskanzler, daß das Selbstvertrauen der bürgerlichen Kreise, der bürgerlichen Gesellschaft größer werde, „die sehr viel stärker ist, als sie es selbst glaubt.“ Als die Grenzboten denselben Gedanken vor vierzehn Tagen in dem Artikel „Das rote Gespenst“ aussprachen, ist er von konservativer Seite bemängelt worden; hoffentlich findet er jetzt besseren Glauben, da er aus dem Munde des Reichskanzlers kommt. Es ist allerdings eine ebenso auffallende wie bedauerliche Erscheinung, daß gerade in den konservativen Kreisen, die doch in Preußen vorzugsweise die militärische Tradition repräsentieren, die Besorgnis vor der Sozialdemokratie am größten ist, ihr wenigstens am lautesten Ausdruck gegeben wird. Es steht den nach rechts gravitierenden Schichten doch nicht gut an, der Sozialdemokratie wie der Kollibri der Schlange gegenüberzusitzen, während z. B. Männer wie Eugen Richter wacker und mit offenbaren Erfolgen den Kampf gegen sie führen, nicht nur defensiv, sondern auch offensiv. Welcher Feldherr hat je vor der Schlacht seinen Soldaten die feindliche Armee als die stärkere und furchtbarere geschildert! Auf der Furcht der bürgerlichen Kreise begründet die Sozialdemokratie ihre Zuversicht, sie erzeugt durch ihr Siegesgeschrei den Taumel, worin sie ihre Scharen blindlings vorwärts führt und zu der Disziplin zusammenfaßt, die einer der wesentlichsten Bürgen des Erfolges ist. Möge sich das deutsche Bürgertum — den grundbesitzenden Adel mit eingegriffen — endlich fester zusammenschließen und seine zum nicht geringen Teil recht nichtsagenden Streitigkeiten hinter die Bekämpfung des gemeinsamen Gegners zurückstellen. Es hat von ihm viel zu lernen. Aber es ist heute noch hinreichend stark genug, bei festem Willen Herr seines Schicksals zu bleiben. In diesem Sinne möge die Rede des Reichskanzlers wie ein Weckruf durch das Land gehn. Am Mast des Reichsschiffes flattert fortan das Gefechtsignal mit dem bekannten Nelson'schen Zusatz: „Deutschland erwartet, daß jeder Mann seine Schuldigkeit tue!“

H. J.

